

Keine Resolution zu Mieterstrom

Ansinnen scheitert an
CDU und SPD

Hildesheim. Grüne, Linke, FDP und Unabhängige sind mit ihrem Versuch gescheitert, im Rat eine Resolution in Sachen Mieterstrom durchzusetzen. Die Initiatoren wollten das Bundeswirtschaftsministerium und den Bundestag dazu aufrufen, die ihrer Ansicht nach ungünstigen Rahmenbedingungen zu verändern – zum Beispiel durch die Befreiung des Mieterstroms von der EEG-Umlage. „Da gibt es ein großes Potenzial“, betonte Grünen-Vertreter Volker Spieth.

Auch die SPD sei, unter anderem aus Gründen des Klimaschutzes, grundsätzlich für Mieterstrom, betonte Ratsherr Detlef Hansen. Aber Spieth gehe es als „Mieter-Lobbyist“ einzig darum, dass dann in Wohnanlagen keine EEG-Umlage mehr anfielen. Damit würden die Netzkosten auf alle Nutzer umgelegt, andere müssten dann also dafür zahlen. Gleichwohl enthielt sich die SPD lediglich. Weil aber die CDU gegen den Antrag stimmte, gab es dafür keine Mehrheit. *br*